



Protest-Puls Herbst 2026: Engagement gegen die AfD

Autorinnen:

Jana Faus (pollytix, info@pollytix.de),

Dr. Ella Müller (TTRex, Campact e.V., mueller@campact.de)



Protest-Puls Herbst 2026: Engagement gegen die AfD

I Rahmen

Empirische Grundlage:

Repräsentative bundesweite Online-Befragung unter 3.113 Wahlberechtigten ab 18 Jahren. Die Daten sind gemäß amtlicher Statistik gewichtet, um Repräsentativität der Ergebnisse zu gewährleisten. Die maximale Fehlertoleranz beträgt +/- 1,76 Prozentpunkte.

Zeitraum: 14.-16. Sept. 2026

Anlass:

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt stellt eine Zäsur dar: Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte steht eine gesichert rechtsextreme Kraft kurz davor, Regierungsmacht zu übernehmen und einen Ministerpräsidenten zu stellen. Damit beginnt aus unserer Perspektive eine neue Phase in der Auseinandersetzung mit der AfD. Über die Frage, wie sich demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft gegenüber der AfD verhalten sollen, wird heftig diskutiert: Wir beobachten dabei eine große Verunsicherung und Ratlosigkeit auf den politischen Führungsebenen.

Wir haben diesen Moment zum Anlass genommen, genauer herauszufinden, wie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland im Herbst 2026 auf die AfD und den möglichen Umgang mit ihr blicken.

Erkenntnisinteresse:

Folgende Aspekte haben uns dabei besonders interessiert:

- Welche **Erwartungen** haben die Menschen in Deutschland an die Parteien des demokratischen Spektrums, die staatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft in einem AfD-geführten Bundesland?
- Wie hoch ist die gesellschaftliche Unterstützung für unterschiedliche **Instrumente der wehrhaften Demokratie**? Das beinhaltet die Prüfung eines Parteiverbots, das Aufrechterhalten der sogenannten Brandmauer, die Förderung politischer Bildungsarbeit und Förderprogramme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.
- Wie ausgeprägt und differenziert ist das **Verständnis für unterschiedliche Formen des Protests gegen die AfD**: von Demonstrationen bis zu zivilem Ungehorsam.

Wir haben dabei in besonderem Maße die Haltung und Einschätzung der befragten Bürgerinnen und Bürger betrachtet, die sich in der **politischen Mitte** verorten lassen und den Parteien der derzeitigen Regierungskoalition nahestehen (Wähler*innen von CDU/CSU und SPD). Lesehinweis: Wir sprechen in diesem Text von Wähler*innen bestimmter Parteien. Das bezieht sich auf die Wahlabsicht bei der nächsten Bundestagswahl. Die Wahlabsicht lässt Rückschlüsse darauf zu, wo sich diese Menschen im politischen Spektrum verorten.

Wichtig bei der Einordnung der Zahlen: **27% der Befragten bezeichnen sich als AfD-Wähler*innen**. Das schlägt sich auch in den Ergebnissen der Umfrage nieder: Sie haben wenig überraschend kaum Verständnis für Anti-AfD-Proteste und lehnen Prüfverfahren zum Verbot der AfD mit großer Mehrheit ab.

Dass das Engagement gegen Rechtsextremismus trotzdem mehrheitlich begrüßt wird und die Nutzung der Instrumente der wehrhaften Demokratie auf große Zustimmung stößt, zeigt allerdings, wie geschlossen die Wähler*innen demokratischer Parteien auf dieses Thema blicken.

II Ergebnisse

Zusammenfassung:

Wir beobachten fast durchgehend eine gesellschaftliche Mitte, die bei zentralen Fragen im Umgang mit der AfD deutlich weniger verunsichert ist als die Spitzen der im Bund regierenden Parteien.

Das trifft sowohl auf die Frage zu, ob bei rechtsextremen Landesverbänden der AfD ein Verbotsverfahren geprüft werden soll, als auch beim Rückhalt für Demokratie-Proteste.

Der Zuspruch unter demokratische Wähler*innen für die Aufnahme von Prüfverfahren ist höher, als es die politischen Debatten vermuten lassen: **Über 80% der Wähler*innen der demokratischen Mitte halten eine Prüfung von Verbotsverfahren rechtsextremer AfD-Landesverbände für richtig**. Wir sehen hier ein klares Zeichen, dass die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bei dieser Frage in den letzten Monaten deutlich weiter vorangeschritten sind, als die parteiinternen Verständigungsprozesse vermuten lassen.

Der Blick der Wähler*innen demokratischer Parteien in Deutschland auf Anti-AfD-Proteste oder Demokratie-Demonstrationen lässt **wenig „Demokratie-Fatigue“** oder Desinteresse an Demokratie erkennen; die oft beschworene gesellschaftliche Mitte wirkt zumindest an dieser Stelle nicht sehr verunsichert oder ratlos. Das könnte darauf hindeuten, dass in der demokratischen Wählerschaft eine vergleichsweise entschlossene Haltung verbreitet ist, die sich in dieser Form bislang weder im medialen Krisendiskurs noch auf Führungsebene der regierenden Parteien widerspiegelt.

Die Befunde im Einzelnen:

1. Anti-AfD-Proteste

Hintergrund: In den Tagen nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt fanden in ganz Deutschland Proteste gegen die AfD statt. Die Demonstrationen waren gut besucht, aber erreichten nicht die Dimensionen der großen Demokratie-Proteste im Januar 2024 und 2025. Die Umfrage wurde unmittelbar nach diesen Protesten durchgeführt.

Zentrale Umfrageergebnisse:

- Eine Mehrheit von 58% aller Wahlberechtigten bewertet die Demonstrationen als sehr

gut (35%) oder eher gut (23%).

- Besonders Wähler*innen der politischen Mitte stehen den Demonstrationen positiv gegenüber (bei Wahlabsicht SPD: 85%, bei CDU/CSU: 75%).
- 28% der Protestteilnehmenden war vorher noch nie auf einer Demonstration gegen die AfD. 84% der Teilnehmenden an den Protesten planen, das erneut zu tun. Der Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt hat sie offensichtlich nachhaltig mobilisiert, sich zu engagieren.
- Die stärksten Motive sind das generelle Einstehen für Demokratie und Grundrechte (85%) sowie zu verhindern, dass eine rechtsextreme Partei an die Macht kommt (80%). Über die Hälfte (54%) möchte so aber auch ein Signal an Parteien senden, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten (**47% unter Wahlberechtigten mit CDU/CSU-Wahlabsicht**).

Was bedeutet das?

- › Diese Befunde stehen in einem Spannungsverhältnis zu einem Narrativ, das uns immer wieder auf Führungsebene von Parteien oder in politischen Strategie-Runden begegnet: Demonstrationen im Kampf gegen die AfD „bringen nichts“ und die Mitte der Gesellschaft habe kein Interesse an dieser Form des politischen Engagements mehr.
- › Die Umfrage deutet auf etwas anderes hin: **Der Zuspruch für Anti-AfD-Demonstrationen ist unverändert hoch und kommt maßgeblich aus der Mitte der Gesellschaft.** Es gibt auch eine messbar hohe Bereitschaft, in Zukunft zu protestieren und an Demonstrationen teilzunehmen - gerade aus der politischen Mitte, für die diese Form des politischen Engagements eine besonders hohe Legitimation besitzt.

2. Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens

Hintergrund: Die öffentliche Debatte um ein mögliches AfD-Verbot hat zuletzt in zwei Schüben Fahrt aufgenommen: Mit dem Beginn der landesweiten PRÜF-Demonstrationen und mit der Veröffentlichung des wissenschaftlichen AfD-Gutachtens der Gesellschaft für Freiheitsrechte im Juni 2026.

Nachdem die Parteien der Mitte auf Führungsebene lange Zeit unentschlossen erschienen, deutet sich seit der Wahl in Sachsen-Anhalt ein Umdenken und eine Parteigrenzen übergreifende Neupositionierung an. Zuletzt hatten der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens gefordert. Die CDU-Spitze unter Bundeskanzler Friedrich Merz hingegen steht dem Vorschlag bislang skeptisch gegenüber.

Zentrale Umfrageergebnisse:

- Die deutliche Mehrheit der politischen Mitte stimmt der Prüfung eines AfD-Verbotsverfahren auf **Bundesebene** zu: 79% mit SPD-Wahlabsicht, 66% mit CDU/CSU-Wahlabsicht.
- Noch deutlicher fällt dieser Befund für ein Prüfverfahren für rechtsextreme AfD-Landesverbände aus: 87% der SPD-Wählenden und **81% der CDU/CSU-Wählenden wollen, dass geprüft wird, ob rechtsextreme AfD-Landesverbände verboten werden können.**

Was bedeutet das?

- › Die auffällige Differenzierung zwischen Landes- und Bundesverband deutet darauf hin, dass hier keine pauschalen Urteile getroffen werden. Wir deuten das als Beleg dafür, dass der hohe Zuspruch unter den Wähler*innen der politischen Mitte für Prüfungen der rechtsextremen AfD-Landesverbände wohl überlegt und ernst gemeint ist.
- › Vor allem bei **konservativen Wähler*innen** überrascht die breite Unterstützung für die Aufnahme von Prüfverfahren angesichts der Ablehnung durch den CDU-Parteivorsitzenden. Hier deutet sich ein **Auseinanderdriften zwischen CDU-Parteiführung und konservativer Wählerschaft an.**
- › Die politische Forderung nach einer Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens hat einen **hohen gesellschaftlichen Rückhalt.**

3. Erwartungen an demokratische Parteien im Umgang mit der AfD?

Hintergrund: Die Debatte darüber, wie demokratische Parteien mit einer rechtsextremen Partei wie der AfD umgehen sollen, wird in Deutschland entlang des Brandmauer-Begriffs geführt. Die Verunsicherung und auch die Ratlosigkeit der derzeit im Bund regierenden Parteispitzen wächst spürbar mit jeder Wahlniederlage. Die größte Sprengkraft besteht in dieser Frage bei der CDU/CSU, wo sich zwei Lager gegenüberstehen: auf der einen Seite diejenigen, die das politische Projekt Brandmauer für gescheitert erklären und Kooperationen mit der AfD offen gegenüberstehen; auf der anderen Seite die Stimmen, die auf klare Abgrenzung und Distanz bestehen.

Zentrale Umfrageergebnisse:

- Bei allen Ergebnissen wird eines deutlich: Die politische Mitte ist sich einig darin, wie "ihre" Parteien mit der AfD umgehen sollten. Auch wenn die Zustimmungsraten zu einzelnen unten aufgelisteten Forderungen unterschiedlich groß ausfallen, ist sehr auffällig, dass durchweg die **Mehrheit der Wähler*innen aller Mitte-Parteien Formen der Zusammenarbeit mit der AfD stark ablehnt.**

- 81% der SPD-Wählenden und 70% der CDU/CSU-Wählenden fordern die demokratischen Parteien auf, **nicht mit der AfD zu koalieren**.
- Auch die **Duldung** einer Regierung durch die AfD lehnen sie sehr mehrheitlich ab (72% mit SPD-Wahlabsicht und 64% mit CDU/CSU-Wahlabsicht).
- 73% der SPD-Wählenden und 61% der CDU/CSU-Wähler*innen erwarten, dass demokratische Parteien **keine Forderungen übernehmen**, die von der AfD kommen.
- Und würden gar einzelne **CDU-Abgeordnete zur AfD überlaufen**, droht der Union, dass ihre Wähler*innenschaft wegbricht. Für 52% wäre das ein Grund, die CDU nicht mehr zu wählen, insbesondere Ältere und Frauen.

Was bedeutet das?

Auch hier ist die Haltung der gesellschaftlichen politischen Mitte deutlich klarer und entschlossener als der Kurs der Parteispitzen - besonders unter Wähler*innen, die der Union zugeneigt sind. Die Zahlen widersprechen Stimmen in der CDU/CSU, die im konsequenten Bekenntnis zur Brandmauer einen Grund für die Abwanderung von Wähler*innen ausmachen. Die Umfrageergebnisse deuten auch darauf hin, dass die Spitzen der Unionsparteien unterschätzen, wie entscheidend eine klare Haltung zur AfD für die Stabilität ihrer Stammwählerschaft ist.

4. Erwartungen an staatliche Institutionen und Zivilgesellschaft im Umgang mit der AfD

Hintergrund: Mit den Wahlerfolgen der AfD nehmen auch die Debatten zu, wie sich staatliche Institutionen und eine breitere Zivilgesellschaft gegenüber dieser rechtsextremen Partei verhalten dürfen und sollen. Wir beobachten: Statt staatliche und zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus zu stärken, werden etablierte Elemente staatlicher Anti-Rechtsextremismus-Arbeit auf den Prüfstand gestellt. Einzelne Organisationen, die teilweise seit Jahrzehnten Demokratie-Arbeit leisten, werden plötzlich als parteiische Akteure diffamiert. Auch hier zeichnet sich ein Kontrast ab zwischen der parteipolitischen Debatte und der Mehrheitsmeinung innerhalb der politischen Mitte.

Zentrale Umfrageergebnisse:

- Es gibt einen sehr breiten, überparteilichen Zuspruch für den **Ausbau von politischer Bildung** in Schulen und in der Erwachsenenbildung. 95% der SPD-Wählenden und 91% der CDU/CSU-Wählenden halten den Ausbau der politischen Bildung für eine eher oder sehr gute Idee.
- Eine breite Mehrheit fordert ebenfalls, dass mehr Geld für **Förderprogramme gegen Rechtsextremismus** und zivilgesellschaftliches Engagement bereitgestellt wird: 86% der SPD-Wählenden und 82% der CDU/CSU-Wählenden unterstützen diese Forderung.

- Die **Wirtschaft** ist ebenfalls gefordert und **ihr derzeitiges Engagement wird noch nicht als ausreichend empfunden**: So wünschen sich 60% der Wahlberechtigten, dass sich große Unternehmen und Verbände deutlich stärker gegen die AfD positionieren, besonders Wähler*innen der politischen Mitte fordern dies: 78% der CDU/CSU-Wähler*innen und 87% der SPD-Wähler*innen.

Was bedeutet das?

- › Der Zuspruch für staatliche Demokratie-Förderprogramme ist in der demokratischen Wähler*innen-Basis deutlich höher und vor allem überparteilicher als es die antagonistischen Debatten etwa um das Programm "Demokratie Leben" im Bundestag vermuten lassen. Auch in der Unions-Wähler*innenschaft spricht sich eine sehr große Mehrheit für mehr Geld für Förderprogramme gegen Rechtsextremismus aus.
- › Besonders spannend sind die Erwartungen an vermeintlich unpolitische Akteure wie Unternehmen oder Verbände. Während in Unternehmer*innen-Kreisen immer wieder diskutiert wird, ob das politische Engagement von Einzelnen in den letzten Jahren zu weit gegangen sei und man sich auf das Kerngeschäft zurückziehen müsse, ist die Erwartungshaltung der politischen Mitte unmissverständlich: **Es wird mehr demokratische Haltung und politisches Rückgrat eingefordert.**

5. Erwartungen an demokratische Parteien, Institutionen und Zivilgesellschaft unter einer AfD-Regierung

Hintergrund: Die demokratischen Parteien, staatliche Institutionen und die Zivilgesellschaft in Deutschland haben bisher keine Erfahrung damit, wie ihre Arbeit unter einer rechtsextremen Regierung aussehen kann und wie sich ihre Rolle wandeln wird.

Aus anderen Ländern wissen wir, dass demokratische Akteur*innen bei dieser Frage oft uneins sind (Bsp. Umgang der US-Demokrat*innen mit den Republikaner*innen im Kongress seit 2025). Auch die Reaktionen von vermeintlich "unpolitischer" Zivilgesellschaft (Unternehmen, Stiftungen, Verbände etc.) hängt sehr maßgeblich davon ab, welche sozialen Erwartungen bestehen und ob es genug Grund zu der Annahme gibt, dass einzelne Akteur*innen mit ihrem Widerstand oder pushback gegen eine AfD-Regierung nicht alleine dastehen, sondern Teil einer breiten Widerstandsbewegung sind.

Angesichts dieser nun beginnenden Debatten sind die Erwartungen von Wähler*innen in Deutschland aufschlussreich.

Zentrale Umfrageergebnisse:

- Eine sehr deutliche Mehrheit der demokratischen Mitte-Wähler*innen (71% der CDU/CSU-Wähler*innen und 84% der SPD-Wählenden) erwartet, dass die **demokratischen Parteien** eine AfD-Regierung so gut es geht blockieren und ausbremsen.
- Auch staatliche Akteure wie die **Verwaltung** werden von den Wähler*innen bestärkt:

So halten es 69% der Wahlberechtigten für richtig, dass Beschäftigte in Behörden Machtmissbrauch öffentlich machen, auch wenn sie dafür ihren Job riskieren (**whistle blowing**). Das wird vor allem auch aus der politischen Mitte für richtig erachtet: So stimmen dieser Form des Widerstands gegen eine AfD-Regierung 73% der CDU/CSU-Wähler*innen und 80% der SPD-Wähler*innen zu.

Was bedeutet das?

- › Kollaboration vs. Konflikt

Wir gehen davon aus, dass Parteien der Mitte in Zukunft entlang zweier Pole diskutiert werden, wie sie sich gegenüber einer autoritären Regierung verhalten (ähnlich wie in anderen liberalen Demokratien). Auf der einen Seite diejenigen, die für ein norm- und regelkonformes Auftreten plädieren; meistens verbunden mit der Hoffnung, dass sich darüber Polarisierung überwinden lasse und vorbildliches Verhalten von Wähler*innen honoriert werde. Auf der anderen Seite jene, die für eine Fundamentalopposition eintreten und darauf beharren, dass man einer autoritären Kraft nicht mit klassischer Oppositionsarbeit begegnen könne. Sie fordern einen Moduswechsel, um die Konsolidierung autoritärer Macht früh und so umfassend wie möglich zu stoppen.

Deutlich wird, dass die Haltung der Wähler*innen der politischen Mitte klar und entschlossen ist. Offen ist zum jetzigen Zeitpunkt, ob die demokratischen Parteien im Falle einer AfD-Landesregierung diese Haltung der Wählerschaft als Handlungsauftrag erkennen.

III Fazit

Wir beobachten eine gesellschaftliche Mitte, die im Umgang mit der AfD deutlich klarer und entschlossener ist, als die Spitzen "ihrer" Parteien wirken. Während auf den Führungsebenen Verunsicherung und Ratlosigkeit vorzuherrschen scheinen, sind die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse in der Frage, wie weit die Abwehr einer rechtsextremen Partei gehen soll, offenbar schon weiter vorangeschritten.

Besonders deutlich wird das beim Prüfverfahren für ein AfD-Verbot. Die Wähler*innen der politischen Mitte unterscheiden klar zwischen der Bundespartei und den rechtsextremen Landesverbänden. Wir lesen das als Zeichen, dass ihr Zuspruch zu einer Prüfung wohl überlegt und ernst gemeint ist. Die Forderung nach einem Prüfverfahren hat damit einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt.

Für die Union stellt dies eine Herausforderung dar. Ihre Wähler*innen unterstützen die Prüfung eines Verbotsverfahrens mehrheitlich, obwohl die Parteiführung skeptisch ist. Und sie wollen eine klare Abgrenzung zur AfD, während in der CDU darüber gestritten wird, ob die Brandmauer noch trägt. Hier deutet sich ein (weiteres) Auseinanderdriften zwischen Parteiführung und konservativer Wählerschaft an.

Auch das Argument, Demonstrationen gegen die AfD „bringen nichts“ und die Mitte habe kein Interesse mehr an dieser Form des Engagements, findet in unseren Daten keine Bestätigung.

Der Zuspruch zu den Protesten kommt vor allem aus der Mitte der Gesellschaft, die Wahl in Sachsen-Anhalt hat viele Menschen mobilisiert und sie teilweise zum ersten Mal gegen die AfD auf die Straße gebracht.

Bei politischer Bildung und Förderprogrammen gegen Rechtsextremismus ist der Rückhalt in der demokratischen Wähler*innenschaft deutlich höher und überparteilicher, als es die Debatten um „Demokratie leben!“ im Bundestag vermuten lassen. Auch hier zeigt sich ein Auseinanderdriften zwischen konservativer Wähler*innenschaft und konservativer Partei.

Mit einer möglichen AfD-Regierung in Sachsen-Anhalt beginnt eine neue Phase. Wir gehen davon aus, dass in den Parteien der Mitte künftig zwischen zwei Polen gestritten wird: einem demokratischen norm- und regelkonformen Auftreten gegenüber autoritären Regierungen auf der einen und dem selbstbewussten Konflikt mit der AfD auf der anderen Seite. Die Wähler*innen der Mitte haben hier bereits eine erkennbare Präferenz. Sie erwarten mehrheitlich, dass ihre Parteien eine AfD-Regierung so gut es geht blockieren und ausbremsen, und sie stärken Beschäftigten in Behörden den Rücken, die Machtmissbrauch öffentlich machen. Offen ist, ob die Parteien der Mitte diese Haltung ihrer Wählerschaft auch als Handlungsauftrag erkennen und annehmen.

Impressum

CAMPACT!
Bewegt Politik



Überall auf der Welt greifen Rechtsextreme und autoritäre Kräfte freiheitlich-demokratische Errungenschaften an. Der TTRex erweitert Campacts politische Arbeit gegen Rechtsextremismus und baut eine Brücke zwischen akademischer Welt und politischem Aktivismus. Gemeinsam stellen wir uns dem Rechtsruck offensiv entgegen – mit wissenschaftlicher Expertise, zivilgesellschaftlicher Erfahrung und demokratischen Visionen.

 @compact.de

 Compact e.V.

 @compact.bsky.social

www.compact.de

www.ttrex.de

ttrex@compact.de

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des TTRex auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. © Compact, 2026

Veröffentlicht im Oktober 2026

V.i.s.d.P. Felix Kolb, C/o Friedrichstr. 155, 10117 Berlin

Wir bedanken uns bei Jana Faus und dem Pollytix-Team sowie Dr. Ella Müller und Diba Shokri für wichtige und hilfreiche Anmerkungen sowie anregende Diskussionen.